

Es gilt das gesprochene Wort

Olivier Feller, Nationalrat FDP, VD

In der Debatte über die 13. AHV-Rente scheinen die Befürworter davon auszugehen, dass die Zukunft unseres Rentensystems noch nie so strahlend war. Das Erwachen könnte schmerzhaft sein. Denn wie soeben gesagt und in Erinnerung gerufen wurde, ist die Finanzierung der AHV heute nur bis 2030 gesichert. Ohne, dass das prognostizierte Defizit durch die Einführung einer 13. Rente noch verschärft wird.

Wie sieht das Bild aus? Derzeit stammt die Finanzierung der AHV aus drei verschiedenen Quellen. 1) Von den Erwerbstätigen durch die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge, die auf die Löhne erhoben werden (jeweils 4,35%, insgesamt 8,7%). 2) Von den Steuerzahlern über den Bundeshaushalt, der 20,2 % der jährlichen AHV-Ausgaben deckt. 3) Von den Konsumenten, da seit dem 1. Januar dieses Jahres 1,4 Prozentpunkte der Mehrwertsteuer für die AHV bestimmt sind.

Die zusätzliche Rente, die von der Volksinitiative "Besser leben im Alter" vorgeschlagen wird, entspricht einer Erhöhung der Ausgaben um 8,3 %. Das sind 4,2 Milliarden Franken ab 2026. In zwei Jahren! Und dieser Betrag wird dann jedes Jahr steigen, bis er 2033 5,3 Milliarden erreicht.

Die Initiative lässt offen, wie diese Bagatelle finanziert werden soll. Die Initianten wissen genau, warum sie diesen Aspekt "vernachlässigen". Denn der 13. Monatslohn der Rentner muss auf die eine oder andere Weise bezahlt werden. Entweder von denjenigen, die arbeiten, von den Konsumenten, von den Steuerzahlern oder von allen dreien gleichzeitig.

Die erste Option: Man erhöht die Sozialversicherungsbeiträge von 8,7 % auf 9,4 %, d. h. um 0,7 % (0,35 % für Arbeitnehmer, 0,35 % für Arbeitgeber). Dies würde die Arbeitskosten verteuern und zur Erosion der Kaufkraft der Erwerbstätigen beitragen. Insbesondere von denjenigen Erwerbstätigen aus der Mittelschicht, die bereits viel zahlen, ohne viel dafür zu bekommen.

Die zweite Option: Man erhöht die Mehrwertsteuer um einen weiteren Punkt von 8,1 % auf 9,1 %. Dies würde sich jedoch auf die Kaufkraft der Konsumenten, einschliesslich der Rentner selbst, sowie auf die allgemeine Funktionsweise unserer Wirtschaft auswirken.

Die dritte Option: Man erhöht den Bundesbeitrag zur AHV. Diesmal wären es die Steuerzahler, die zur Kasse gebeten würden. Es sei denn, man würde in anderen Bereichen, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen, drastische Sparmassnahmen ergreifen, auch im Sozialbereich.

Man muss sich bei der Abstimmung vor Augen halten, dass mit dieser zusätzlichen Anstrengung nur die 13. AHV-Rente finanziert würde und nicht das Defizit, das ab 2030, also in etwas weniger als sechs Jahren, bereits absehbar ist! Denn in den nächsten zehn Jahren werden rund eine halbe Million Menschen das Rentenalter erreichen. Und um ihre Renten zu sichern, müssen neue Mittel erwirtschaftet werden.

Zwar verfügt die AHV heute über ein beachtliches Vermögen. Es beläuft sich auf 47 Milliarden, was grob den Ausgaben der AHV für ein ganzes Jahr entspricht. Die Befürworter der Initiative heben diese 47 Milliarden hervor, um zu behaupten, dass es der AHV gut geht. Aber das ist irreführend. Heute sieht das Gesetz vor, dass das Vermögen der AHV in der Regel nicht unter den Betrag der jährlichen Ausgaben fallen darf. Persönlich gehöre ich zu denjenigen, die der Meinung sind, dass diese Regel revidiert werden sollte. Die Bundesgesetzgebung sieht zum Beispiel vor, dass die Reserven der Familienausgleichskassen mindestens 20% der Ausgaben eines Jahres



betragen müssen. Die AHV könnte sich an dieser Regel orientieren. Ich sehe also a priori keine Nachteile darin, einen Teil des AHV-Vermögens zur Auszahlung von Renten zu verwenden. Das Problem bleibt jedoch bestehen: Wir brauchen dieses Vermögen (das sich nicht erneuern wird, wenn wir es verteilen) auch, um das ab dem Jahr 2030 erwartete Defizit der AHV zu finanzieren.

Ohne die 13. Rente wird das Defizit der AHV im Jahr 2030 42 Millionen betragen und bis 2033 auf 3,3 Milliarden ansteigen. Wenn die 13. Rente angenommen wird, wird das Defizit auf über 8 Milliarden pro Jahr ansteigen! Und was glauben Sie, was dann passieren wird? Heute wird vorgetäuscht, mehr zu geben, aber morgen werden die Erwerbstätigen, die Steuerzahler oder die Konsumenten oder alle drei zusammen die Rechnung bezahlen müssen.